

**Vergabe der Sicherungsdienstleistungen in den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und Wohnungslose (UFW),
Richard-Strauss-Str. 76, Hofmannstr. 69**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03998

Kurzübersicht zum Beschluss des Kommunalausschusses vom 24.09.2015 (VB)
Öffentliche Sitzung

Stichwort	Vergabe der Sicherungsdienstleistungen für die Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber in der Richard-Strauss-Str. 76 und der Hofmannstr. 69
Anlass	Die bestehenden Verträge über Sicherungsdienstleistungen in den Unterkünften Richard-Strauss-Str. 76 und Hofmannstr. 69 enden zum 15.01.2016. Die Leistungen werden neu vergeben.
Inhalt	Darstellung des Dienstleistungsbedarfes und Erläuterung des Ausschreibungsverfahrens.
Entscheidungsvorschlag	Die Vergabestelle 1 führt für die Sicherungsdienstleistungen die Ausschreibung durch und erteilt den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot.
Gesucht werden kann auch nach:	Bewachung, Gemeinschaftsunterkünfte, Flüchtlinge

I. Vortrag des Referenten	1
1. Zuständigkeit des Kommunalausschusses	1
2. Vergaberechtliche Ausgangslage	2
3. Bedarf	2
4. Vergabeverfahren	3
5. Beteiligung anderer Dienststellen	5
6. Beteiligung der Bezirksausschüsse	5
7. Unterrichtung von Korreferent und Verwaltungsbeirat	5
8. Beschlussvollzugskontrolle	5
 II. Antrag des Referenten	 6
 III. Beschluss	 6

**Vergabe der Sicherungsdienstleistungen in den Gemeinschafts-
unterkünften für Flüchtlinge und Wohnungslose (UFW),
Richard-Strauss-Str. 76, Hofmannstr. 69**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03998

Beschluss des Kommunalausschusses vom 24.09.2015 (VB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Zuständigkeit des Kommunalausschusses

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 16.01.2013 und der Vollversammlung vom 23.01.2013 über die Zuständigkeit von Ausschüssen bei Vergabeverfahren ist die Vorlage im zuständigen Fachausschuss **vor** Durchführung der Ausschreibung zu behandeln.

Gemäß den Regelungen des Münchner Facility Managements (mfm) ist das Kommunalreferat (KR) Infrastruktureller Dienstleister u. a. für die sozialen Einrichtungen der Stadt München und somit Fachdienststelle für Sicherungsdienstleistungen.

Für die Neuvergabe des Auftrages über die Erbringung von Sicherungsdienstleistungen in zwei Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge ergibt sich auf die geplante Vertragslaufzeit bezogen eine Vergabesumme, die über der Wertgrenze des § 22 Ziffer 3 der GeschO liegt. Eine Vergabeermächtigung durch den Stadtrat ist daher erforderlich.

Angaben über Kosten, den geschätzten Auftragswert und die Kalkulationsgrundlagen werden in nichtöffentlicher Sitzung (siehe Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04004) behandelt.

2. Vergaberechtliche Ausgangslage

Wegen des anhaltenden Zustromes von Flüchtlingen nach München müssen durch die Stadt München in großem Umfang Plätze zur Unterbringung der Asylsuchenden im Stadtgebiet geschaffen werden.

Im Ergebnis der Arbeit des Stabes und der Task Force Unterbringung Flüchtlinge und Wohnungslose (UFW) und aufgrund des 3. und 5. Standortbeschlusses des Stadtrates (Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 02714, Nr. 14-20 / V 03148) erfolgte inzwischen die Anmietung zweier ehemaliger Bürogebäude in der **Richard-Strauss-Str. 76** und in der **Hofmannstr. 69**. Damit wurden jeweils als Gemeinschaftsunterkunft für insgesamt maximal 680 asylsuchende Personen Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen. Für die Erbringung der Sicherungsdienstleistungen in den oben genannten Unterkünften bestehen bereits Dienstleistungsverträge mit einem Bewachungsunternehmen. Diese kurzfristig abgeschlossenen Verträge enden zum 15.01.2016. Die Sicherungsdienstleistungen werden weiterhin benötigt.

Der Bewachungsauftrag soll nun zur Schaffung allseitiger Planungssicherheit je Standort bis zum jeweiligen Ende der mit den Immobilieneigentümern geschlossenen Überlassungsverträge abgeschlossen werden. Wie lange und in welchem Umfang die Einrichtungen tatsächlich als Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in der Verantwortung der LHM betrieben werden, ist derzeit nicht vorhersehbar. Möglicherweise kommt auch ein dauerhafter Betrieb als Notquartier im Rahmen des Sofortunterbringungssystems der Münchner Wohnungslosenhilfe in Betracht. Die Belegungszahlen können sich kurzfristig und unvorhergesehen ändern. Im Anwesen Hofmannstr. 69 sind die baulichen Ertüchtigungsmaßnahmen noch nicht abgeschlossen. Die Belegungszeiträume und -zahlen und damit der Sicherungsbedarf sind je nach Baufortschritt schwankend, aber terminlich nicht genau planbar. Deshalb wird die Leistung in der Form des Rahmenabrufvertrages ausgeschrieben. Der geschätzte Aufwand an Bewachungsdienstleistungen (siehe nichtöffentlicher Teil dieser Beschlussvorlage) deckt den maximalen Überlassungszeitraum der zwei Immobilien komplett unter Vollbelegung ab.

3. Bedarf

Bereits als Anforderung aus dem Brandschutzkonzept, aber auch wegen der speziellen Unterbringungssituation, der großen Anzahl der Bewohner, deren persönlicher Lebenssituation sowie kultureller Unterschiede ist in den Gemeinschaftsunterkünften zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung Sicherheitspersonal zu installieren.

Ziel des Bewachungsauftrages ist es, die Gebäude gegen Feuer- und Wasserschäden, Vandalismus und unbefugtes Betreten abzusichern. Die Bewohner und Bewohnerinnen sind vor verbalen und handgreiflichen Konflikten innerhalb der Einrichtungen sowie vor Übergriffen von außen zu schützen. Es ist die Hausordnung aufrecht zu erhalten und durchzusetzen. Vertragsgegenstand ist somit die Durchführung von Objektschutz-, Zugangskontroll- und Hausordnungs-, Revier- und Schließdiensten.

Im Einzelnen ergibt sich folgender Leistungsbedarf:

Die Bewachung ist, um die Auflagen des Brandschutzes erfüllen zu können, **täglich 24 Stunden** mit einer Stärke von permanent **elf (Richard-Strauss-Straße) und ca. 25 (Hofmannstr. 69)** Sicherheitsmitarbeitern und -mitarbeiterinnen im **Mehrschichtbetrieb** erforderlich. Dies entspricht einem Bedarf über die Vertragslaufzeit von rund 512.000 Arbeitsstunden (ohne Pausen).

In jeder Gemeinschaftsunterkunft (GU) wird **zusätzlich je Schicht eine mitarbeitende Sicherheitskraft mit Sachkundeprüfung gemäß Abschnitt 1a der Bewachungsverordnung (BewachV)** eingesetzt, bei entsprechendem Nachweis einer **Werkschutzausbildung Qualifikationsstufe II** wird diese gemäß Tarifvertrag entgolten. Für das Sicherheitspersonal ist das Unterrichtsverfahren gemäß § 34a der Gewerbeordnung (GewO) vorgesehen. Die allgemeinen Qualifikationsanforderungen auch an die Mitarbeiter(innen) mit Unterrichtung gemäß 34a GewO sind vorliegend hoch. Die Sicherheitskräfte sollen über gute Deutsch- und Englischkenntnisse, gegebenenfalls Arabisch- oder Französischkenntnisse, über ausgeprägtes interkulturelles Verständnis und konfliktarme Kommunikationstechniken verfügen. Die ziffernmäßige Aufstellung von Bedarf und Kosten findet sich im nichtöffentlichen Teil dieser Beschlussvorlage (siehe Nr. 14-20 / V 04004).

Die Finanzierung der Kosten für die Sicherungsdienstleistungen erfolgt über die Finanzposition 4356.540.3000.4) aus zentralen Mitteln.

4. Vergabeverfahren

4.1 Zuständigkeit

Gemäß mfm ist das Kommunalreferat für die Festlegung des Leistungsumfanges und die Erstellung der Leistungsbeschreibungen, die Vergabestelle 1 für die Ausschreibung der Dienstleistungsverträge über Sicherungsdienstleistungen zuständig.

4.2 Verfahren

Der geschätzte Auftragswert der zu vergebenden Leistung übersteigt den derzeit gültigen Schwellenwert von 207.000 €. Im Anhang I zur Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A (VOL/A) wird zwischen vorrangigen (Teil A) und anderen Dienstleistungen (Teil B) unterschieden. Dieser Unterscheidung liegt die Erwartung zugrunde, dass vor allem bei vorrangigen Dienstleistungen aus Teil A ein Potenzial für mehr grenzüberschreitende Aufträge in der EU vorhanden ist. Die auszuschreibende Dienstleistung fällt unter Teil B, Kategorie 23 (Schutzdienste). Die Vergabe des Auftrages erfolgt daher gemäß § 1 EG Absatz 3 VOL/A, § 4 Absatz 2 Nr. 2 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Auf-

träge (Vergabeverordnung - VgV) im Wege einer Öffentlichen Ausschreibung nach Abschnitt 1 VOL/A.

4.3 Bekanntmachung

Die Bekanntmachung der Vergabeabsicht erfolgt auf der Homepage der LHM (www.muenchen.de/vgst1). Die kompletten Vergabeunterlagen werden auf www.muenchen.de/vgst1 eingestellt. Jedes interessierte Unternehmen kann die Vergabeunterlagen herunterladen oder schriftlich bei der Vergabestelle 1 anfordern und ein Angebot abgeben.

4.4 Angebotsprüfung

Nach den Vorschriften des Vergaberechts dürfen Aufträge nur an fachlich geeignete, zuverlässige und leistungsfähige Unternehmen vergeben werden. Auf Angebote, deren Preise in offenbarem Missverhältnis zur Leistung stehen, darf der Zuschlag nicht erteilt werden. Die Angebote werden in folgenden vier Schritten geprüft:

4.4.1 Formale Angebotsprüfung

Alle eingegangenen Angebote werden auf Rechtzeitigkeit des Eingangs, auf Vollständigkeit und auf rechnerische Richtigkeit geprüft.

4.4.2 Eignungsprüfung

Zur Prüfung ihrer Eignung müssen die bietenden Unternehmen Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit vorlegen sowie mindestens drei hinsichtlich des Auftragsgegenstandes und des Auftragsvolumens vergleichbare Referenzaufträge nachweisen können. Als vergleichbar werden bei der Auftragsvergabe für die Gemeinschaftsunterkünfte Referenzen mit entsprechendem Leistungsvolumen und ähnlichen Anforderungen an das Sicherheitspersonal angesehen. Die Referenzen werden bei den Auftraggebern hinterfragt. Bei den Angeboten von Bietern, welche bereits Sicherungsdienstleistungen bei der LHM ausführen, fließen eigene Erfahrungen in die Bewertung der Eignung mit ein. Der Bieter des zuschlagsberechtigten Angebotes muss vor der endgültigen Zuschlagserteilung Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkasse, der Berufsgenossenschaft und der Gemeindebehörde für die Entrichtung der Gewerbesteuer vorlegen. Eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister wird eingeholt.

4.4.3 Prüfung der Preise auf Auskömmlichkeit

Die angebotenen Preise werden hinsichtlich des angebotenen Stundensatzes auf kalkulatorisch einwandfreie Ansätze der Sozialaufwendungen und auf Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohnes geprüft. Auffällige Werte muss der Anbieter aufklären und belegen. Gelingt ihm dies nicht, so wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

4.4.4 Wertungskriterien

Das preisgünstigste Angebot welches formell in Ordnung ist, bei welchem die Bieter-eignung nachgewiesen ist und die Preise auskömmlich kalkuliert sind, erhält den Zuschlag.

4.5 Auftragsvergabe

Die Auftragsvergabe an das zuschlagsberechtigte Angebot ist für Anfang Januar 2016 geplant. Die erneute Befassung des Stadtrates ist nur erforderlich, falls der Angebotspreis den geschätzten Stundensatz in Lohngruppe 2 um mehr als 20 % übersteigen sollte.

5. Beteiligung anderer Dienststellen

Die Beschlussvorlage ist hinsichtlich der Ausführungen zum Vergabeverfahren mit dem Direktorium-HA II, Vergabestelle 1 und mit dem Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration abgestimmt.

6. Beteiligung der Bezirksausschüsse

In dieser Angelegenheit besteht kein Anhörungsrecht des Bezirksausschusses.

7. Unterrichtung der Korreferentin und des Verwaltungsbeirates

Der Korreferentin des Kommunalreferates, Frau Stadträtin Ulrike Boesser, und dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Hans Podiuk, wurde ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet.

8. Beschlussvollzugskontrolle

Diese Sitzungsvorlage soll nicht der Beschlussvollzugskontrolle unterliegen, weil es sich um eine abschließende Vergabeentscheidung handelt.

II. Antrag des Referenten

1. Der Kommunalausschuss stimmt zu, dass das Direktorium – HA II, Vergabestelle 1 den Auftrag für die Sicherungsdienstleistungen in den Gemeinschaftsunterkünften Richard-Strauss-Straße 76 und Hofmannstraße 69 ausschreibt.
2. Die Vergabestelle führt das Vergabeverfahren zu den in dieser Vorlage und der nicht-öffentlichen Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04004 genannten Bedingungen durch und erteilt den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot.
3. Eine erneute Befassung des Stadtrates ist nur erforderlich, falls der Angebotspreis den geschätzten Stundensatz in Lohngruppe 2 um mehr als 20 % übersteigen sollte.
4. Die Finanzierung der Kosten für die Sicherungsdienstleistungen erfolgt über die Finanzposition 4356.540.3000.4) aus zentralen Mitteln.
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Der Referent

Josef Schmid
2. Bürgermeister

Axel Markwardt
Berufsmäßiger Stadtrat

- IV. Abdruck von I. mit III.
über den Stenographischen Sitzungsdienst
an das Revisionsamt
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
z.K.
- V. Wv. Kommunalreferat – Infrastrukturelle Dienstleistungen

Kommunalreferat

- I. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
- II. An
das Direktorium – HA II – Vergabestelle 1 Abt.5
das Sozialreferat Amt für Wohnen und Migration S-III-S
das Sozialreferat S-III-S-U
das Kommunalreferat SB
z.K.

Am _____